Merkels Zukunft: Kniefall oder Flucht nach vorn? Von Jürgen Liminski

Frau Merkel regt sich. Es ist ihr bewusst, dass die Bundesregierung handeln muss, um der Flüchtlingsvölker Herr zu werden – sonst verliert sie die Kontrolle über das Wählervolk. Es ist richtig, dass sie mit Erdogan, einer modernen Version des Sultans der Hohen Pforte, über die Flüchtlinge redet und eine finanzielle Unterstützung für die Betreuung der Flüchtlinge aushandelt. Falsch ist es, der türkischen Erpressung nachzugeben und Ankara eine neue Perspektive für einen Beitritt zur EU zu geben. Dann lieber die Flüchtlinge, das wären immerhin 80 Millionen Muslime weniger in der EU. Richtig ist auch, dass die Bundesregierung jetzt endlich ein neues Asylgesetz verabschiedet und einige Balkanländer als sichere Staaten eingestuft hat. Das erleichtert die Abschiebung und Zurückweisung an der Grenze. Falsch ist es aber, die Türkei als sicheres Land und Rechtsstaat einzustufen. Der Sultan und seine Partei führen Krieg gegen die Kurden und gegen die letzten freien Medien. Und hier haben Linke und Grüne recht, wenn sie sagen, das sei Wahlkampfhilfe für Erdogan.

Die Fehlentscheidungen werden Merkel viele Stimmen kosten. Aber das scheint sie nicht sonderlich zu berühren. Irgendwie handelt sie losgelöst von demoskopischen Befunden, all die Jahre ihrer Kanzlerschaft tat sie genau das Gegenteil. Sollte etwas dran sein an der Spekulation, dass Angela Merkel andere Zukunftspläne hat und ihr das Schicksal Deutschlands nicht mehr am Herzen liegt? Die Spekulation hat einen Namen: Generalsekretariat der UNO. Ende nächsten Jahres endet das Mandat des amtierenden Generalsekretärs Ban Ki Mun. Jetzt wäre wieder Europa an der Reihe, konkret ein angesehener Europäer oder besser noch eine Europäerin, die in den großen globalen Fragen wie Umwelt und Flüchtlingsströme über Erfahrung verfügt. Frau Merkel erfüllt diese Kriterien.

Sollte das Gerücht einen wahren Kern haben, dann stellte sich sofort die Frage: Wann wirft sie ihren Hut in den Ring? Vor oder nach den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg? Davon hängt viel ab für die CDU. Aber so wie sie derzeit agiert, scheint ihr das ziemlich egal zu sein. Sie wird es tun, sobald sie merkt, dass ihr Stern nicht nur sinkt, sondern stürzt. Das kann schneller kommen als es heute aussieht. Sie wäre dann der prominenteste Flüchtling der Krise.